

„Anpacken statt abwarten“

SPD setzt sich für Mindestlohn, Solidarrente und Umsatzsteuer für Finanztransaktionen ein

Der Bundestagswahlkampf geht auf die Zielgerade – letzte Gelegenheit für die Parteien, den Wählern ihre politischen Ziele zu erläutern. Auch der Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD) legt sich dafür voll ins Zeug.

Kreis Esslingen. „Spätestens seit dem TV-Duell zwischen Peer Steinbrück und Angela Merkel ist klar, dass da nicht nur zwei sehr unterschiedliche Personen gegeneinander antreten, sondern auch zwei Parteien mit sehr unterschiedlichen Zielen“, so die Ansicht von Rainer Arnold. Allerdings sei es bei der Fülle der Informationen für die Wähler nicht immer einfach, den Überblick zu behalten, so Arnold weiter. Das liege aber auch an der Strategie der Kanzlerin, inhaltliche Auseinandersetzungen mit dem

Herausforderer möglichst zu vermeiden. „Stattdessen versucht sie mit leeren Phrasen die Menschen einzuschläfern. Sie hofft darauf, dass so die potenziellen SPD-Wähler zu Hause bleiben“, ist Arnold überzeugt.

Der SPD-Mann erläutert daher bei vielen Gelegenheiten die Maßnahmen, die eine SPD-geführte Bundesregierung in den ersten hundert Tagen umsetzen will. Ganz oben steht hier ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro. Mehr als fünf Millionen Menschen, die derzeit für niedrigere Löhne arbeiten, würden davon profitieren. Wichtig für Arnold ist dabei die Abgrenzung zur sogenannten Lohnuntergrenze der Union: „Was die planen, ist ein Flickenteppich über Branchen und Regionen. Da ist nichts gesetzlich festgelegt.“ Die Sozialdemokraten wollen außerdem, dass Leiharbeiter im Vergleich zu Stammkräften

nicht mehr schlechter gestellt sind. Und sie wollen die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern gesetzlich festschreiben und eine Rentenreform auf den Weg bringen, die langjährig



Versicherten eine Solidarrente von 850 Euro garantiert. Schnellstmöglich soll das Betreuungsgeld abgeschafft werden. Mit dem dadurch eingesparten Geld sollen in den nächsten Jahren

200000 neue Kitaplätze geschaffen und zudem ein neues Ganztagschulprogramm aufgelegt werden. Weiter will die SPD das Anrecht auf doppelte Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern und eine Mietpreisbremse für Bestandsmieten und bei Neuvermietungen. Der Spitzensteuersatz soll für Ledige mit zu versteuerndem Jahreseinkommen ab 100000 Euro auf 49 Prozent steigen, für Verheiratete ab 200000 Euro. Dafür soll die Stromsteuer um 25 Prozent sinken.

Auf europäischer Ebene wollen die Sozialdemokraten die schon lange geforderte Umsatzsteuer für Finanztransaktionen endlich voranbringen. „Auf all diesen Feldern hat die amtierende Bundesregierung nichts getan“, so Arnold, „sondern sich auf dem Erreichten ausgeruht.“ Das sei aber geradezu fatal, meint Arnold: „Regieren

heißt doch, sich auf die Zukunft einzustellen und Entscheidungen auf den Weg zu bringen, damit es auch noch den nachfolgenden Generationen gut geht.“

Es sei zu hoffen, dass die Wähler sich noch vor der Wahl damit auseinandersetzen. „Es wäre schlimm, wenn Desinteresse dafür sorgte, dass wir weitere vier Jahre von einer Koalition regiert werden, die nicht entscheidungsfähig ist“, so Arnold. Weder bei der Arbeitsmarktpolitik noch bei Gesundheit oder Pflege habe die Koalition in vier Jahren Reformen hinbekommen. Und wo es Änderungen gegeben habe, wie zum Beispiel bei der Wehrpflicht oder der Energiewende, seien diese von der Wirklichkeit erzwungen worden. „Anpacken statt abwarten“ müsse daher das Motto sein, so Arnold: „Das sind wir unseren Kindern und Enkeln schuldig.“ pm